AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Europäisches Fachgespräch der AGF

ARRANGEMENTS DER KINDER-BETREUUNG VOR UND NACH SCHEIDUNG / TRENNUNG

Soziale Vielfalt und ihre rechtliche Rahmung im Vergleich

European Expert Meeting

CHILDCARE ARRANGEMENTS BEFORE AND AFTER DIVORCE / SEPARATION

Situation, general conditions and consequences in selected states

7. Juni 2019 in Berlin

June 7th, 2019 in Berlin, Germany

Impressum

Herausgeberin:
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V.

Die AGF setzt sich für die Interessen und Rechte von Familien in Politik und Gesellschaft ein und fördert den Dialog zwischen den Verbänden und Interessenvertretungen der Familien und den Verantwortlichen der Familienpolitik.

Verfasser:
Holger Adolph, Sven Iversen

Fotos:
AGF e. V.

Layout & Satz:
WERDEBESSER
iconea GmbH
neue & klassische Medien

Oktober 2019

Imprint

Editor:
Association of German Family Organisations (AGF) e. V.

The AGF campaigns for the rights and interests of families in politics and society. It supports the communication of the family policy active organisations and those responsible in family on a national and international level.

Edited by:
Holger Adolph, Sven Iversen

Photos Credits:
AGF e. V.

Layout & Typesettings:
WERDEBESSER
iconea GmbH
neue & klassische Medien

October 2019

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Europäisches Fachgespräch der AGF

ARRANGEMENTS DER KINDERBETREUUNG VOR UND NACH SCHEIDUNG/TRENNUNG

Soziale Vielfalt und ihre rechtliche Rahmung im Vergleich

European Expert Meeting

CHILDCARE ARRANGEMENTS BEFORE AND AFTER DIVORCE/SEPARATION

Situation, general conditions and consequences in selected states

Inhalt

4 | Kurzfassung zentraler Ergebnisse

6 | Rechtliche Rahmenbedingungen – Die deutsche Situation im Kontext europäischer Systeme

11 | Soziale Auswirkungen von Scheidung/Trennung am Beispiel Deutschlands

14 | Das Beispiel Finnland

17 | Das Beispiel Spanien

20 | Beiträge aus anderen Staaten

27 | Diskussion und Fazit

Content

4 | Summary of key findings

6 | Legal framework – the German situation in the context of European systems

11 | Social effects of divorce/separation using the example of Germany

14 | The example of Finland

17 | The example of Spain

20 | Contributions from other states

27 | Bottom line

ARRANGEMENTS DER KINDERBETREUUNG VOR UND NACH SCHEIDUNG/TRENNUNG

Soziale Vielfalt und ihre rechtliche Rahmung im Vergleich

Datum: 07. Juni 2019, 10:00 – 16:00 Uhr
Ort: Berliner Stadtmission, Lehrter Straße 68, 10557 Berlin

So vielfältig wie das Familienleben mit Kindern in gemeinsamen elterlichen Haushalten ist, so vielfältig gestalten sich auch die Betreuungsarrangements für gemeinsame Kinder im Fall einer Scheidung bzw. Trennung. Das Europäische Fachgespräch der AGF, das am 7. Juni 2019 in Berlin stattfand, beleuchtete die gelebten Modelle bei der Kinderbetreuung nach Scheidung/Trennung. Es wurden die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Ländern in den Blick genommen und diskutiert, welche rechtlichen und politischen Weiterentwicklungsbedarfe in den jeweiligen Ländern bestehen.

Expertinnen und Experten aus zehn europäischen Ländern setzten sich im AGF-Fachgespräch u.a. mit folgenden Fragestellungen auseinander:

- Wie sieht in ausgewählten europäischen Staaten die Verteilung der Erwerbs- und Care-Arbeit in den Familien vor und nach Scheidung/Trennung aus?
- Wie sind die rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht nach einer Scheidung bzw. Trennung in den verschiedenen Staaten ausgestaltet?
- Wie wirken sich diese gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen nach Scheidung/Trennung auf die soziale Lage der Eltern und der Kinder aus?
- Welche Themen werden zurzeit in den einzelnen Ländern hinsichtlich der Regulierung von Betreuungsarrangements nach Scheidung bzw. Trennung in der Fachöffentlichkeit diskutiert?

CHILDCARE ARRANGEMENTS BEFORE AND AFTER DIVORCE/SEPARATION

Situation, general conditions and consequences in selected states

Date: June 7th, 2019, 10:00 – 16:00 h
Place: Berliner Stadtmission, Lehrter Straße 68, 10557 Berlin

The care arrangements for children in the case of a divorce or separation are just as diverse as family life with children in shared parental households. The AGF's European Expert Meeting, which took place on 7 June 2019 in Berlin, examined the models used in childcare after divorce/separation. The discussion examined the social and legal frameworks in the various countries along with the legal and political needs for future development in the respective countries.

In the AGF expert meeting experts from ten European countries dealt with the following questions:

- What is the share of employment and care work in the families before and after divorce/separation in selected European countries?
- What are the legal frameworks with regard to custody, access, and support after a divorce/separation in the various countries?
- How do these legal and social and frameworks affect the social situation of parents and children after divorce/separation?
- Which topics are currently being discussed among experts in the individual countries with regard to the regulation of care arrangements after divorce?

KURZFASSUNG zentraler Ergebnisse

Die uneinheitliche Verwendung der Begriffe erschwert die nationale wie internationale Vergleichbarkeit	Geteilte Elterliche Sorge – gemeinsame Elterliche Verantwortung – Aufenthalts-Koelternschaft – Wechselmodel Die Nutzung gleicher oder ähnlicher Begriffe bedeuten national wie international nicht, dass die gleichen Sachverhalte damit verbunden werden. Umgekehrt werden für den gleichen Sachverhalt manchmal unterschiedliche Begriffe genutzt. Gerade bei der Unterscheidung von sorgerechts- und aufenthalts-/umgangsrechtlichen Aspekten ist auf die sprachliche Genauigkeit zu achten und eine Vereinheitlichung anzustreben.
Es gibt Unterschiede in den Erwerbsarbeits- und Teilzeitquoten von Müttern bei einer weitgehend ähnlichen geschlechtsspezifischen Verteilung von Sorgeaufgaben in den Partnerschaften	Der Anteil, den das Erwerbseinkommen von Müttern zum Erwerbseinkommen eines Paarhaushalts beiträgt, ist international sehr unterschiedlich. Gründe sind die großen Unterschiede bei den Erwerbsarbeitsquoten und die Intensität der Teilzeitarbeit von Müttern. Jedoch übernehmen Frauen in Partnerschaften unabhängig von ihrem Erwerbsstatus in ähnlicher Form in allen Staaten einen größeren Teil der unbezahlten Sorgeaufgaben.
Scheidung ist in allen Ländern ein Armutsrisiko, insbesondere für Mütter und Kinder	Aufgrund der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Frauen, unterschiedlichen sozialen Transferleistungen und Unterhaltsregelungen variieren die Armutsrisiken zwischen den Ländern in der Höhe und in ihren Auswirkungen. Das Ausbleiben von Unterhaltszahlungen zählt ebenfalls zu den gemeinsamen Problemen in Europa, mit denen jedoch unterschiedlich umgegangen wird.
Unterschiedlicher Fokus der juristischen Regeln mit unterschiedlichen Effekten auf gelebte Betreuungsarrangements	Während in Deutschland Fragen des Sorgerechts und des Aufenthalts- und Umgangsrechts sowie des Unterhalts jeweils in eigenen gerichtlichen Verfahren verhandelt werden, wird in den meisten europäischen Ländern eine Klärung dieser Fragen in einem gemeinsamen Verfahren vorgenommen. Gemeinsame Sorge wird in vielen Staaten als Regelfall festgesetzt. Beim Ziel der geteilten praktischen Betreuung und des alternierenden Wohnens gibt es einen breiten Korridor von zeitlichen Anteilen zwischen 30:70 bis 50:50.
Die Bedeutungen und Aufgaben der gerichtlichen und der vorgerichtlichen Konfliktlösung/Mediation sind international sehr unterschiedlich	Die Bedeutung von (vorgerichtlichen) Mediationsverfahren für eine gütliche Einigung in Scheidungs-/Trennungsprozessen wird vor allem von den nicht-deutschen Teilnehmer/innen als in ihrem Land bedeutsam betont. Es bestehen in einigen Staaten sehr ausgeprägte Mediations-Strukturen für eine vorgerichtliche Konfliktbearbeitung in Scheidungsfällen und zur Begleitung einer geteilten Elternverantwortung mit alternierenden Wohnorten der Kinder. Deutschland zeichnet sich hingegen durch eine besonders hohe Nutzung von Gerichten zur Klärung von Scheidungskonflikten aus.
Alternierende Wohnformen für Kinder sind voraussetzungsvoll	Ein alternierendes Wohnen der Kinder zwischen Müttern und Vätern ist sehr voraussetzungsvoll. Es müssen dazu u.a. der Wunsch des Kindes, das Alter des Kindes, die finanzielle Situation der Eltern, die Wohnsituation und die Entfernung zwischen den elterlichen Wohnungen und besonders die Qualität der Kommunikation zwischen den Eltern berücksichtigt werden.
Das Wohl des Kindes sollte das zentrales Ziel sein. Dafür muss die Position des Kindes in Gerichtsverfahren gestärkt werden	Die Einbeziehung der Wünsche der Kinder im Scheidungsverfahren wird in allen Ländern als wichtiges Ziel angesehen. Die Methoden zur Ermittlung der Wünsche der Kinder und das Alter, in dem einem Kind eine Mitsprache eingeräumt wird, unterscheiden sich jedoch stark. Einzelne Länder haben Regelungen getroffen, um die Wahrung der Interessen der Kinder strukturell durch die Einsetzung von Vormündern/Paten oder durch die Jugendämter zu stärken. Einigkeit bestand darin, dass eine Ermittlung der Wünsche der Kinder so früh wie möglich geschehen soll und dass dafür spezifische Kompetenzen bei Richtern, Sozialarbeitern, Psychologen, Jugendämtern u.a. benötigt werden.

SUMMARY of key findings

The inconsistent use of terms makes a national and international comparison more difficult	Shared Parental Care – Joint Parental Responsibility – Co-Residence parenting – Alternating Residence Model and many more The use of identical or similar terms does not mean that the same matters are associated with them within a country or in other countries. Conversely, different terms are sometimes used for the same matter. Particularly when distinguishing between aspects of right of access, custody law and residence law, it is important to ensure linguistic accuracy of terms and to strive for uniformity.
There are differences in the employment levels and part-time rates of mothers with a broadly similar gender distribution of care tasks in partnerships	The share of income earned by mothers in the total income of a couple household varies considerably from country to country. The reasons are the large differences in employment rates and the level of part-time work of mothers. However, women in partnerships, regardless of their employment status, take on in a similar way a larger share of unpaid childcare responsibilities in all countries
Divorce poses a poverty risk in all countries, especially for mothers and children.	Due to the different levels of involvement of women in the workforce, social transfer payments, and maintenance settlements, poverty risks vary in level and impact among countries. The absence of maintenance payments is also one of the common problems in Europe, but it is dealt with in different ways.
The legal guidelines have a different focus with different effects on practiced care arrangements	While in Germany issues of custody, residency, and access rights as well as support are each negotiated in separate court proceedings, in most European countries, clarification is achieved in a joint procedure. Predominantly joint custody is set as general principle. Shared practical care and alternating residence range from 30:70 to 50:50.
The implications and tasks of judicial and pre-trial conflict resolution/mediation are very different internationally	The importance of (pre-trial) mediation procedures for an amicable settlement in divorce/separation proceedings is emphasized notably by the non-German participants as being significant in their country. In some countries there are very distinct mediation structures for pre-trial conflict resolution in divorce cases and for accompanying shared parental responsibility with children living in alternate places. Germany, on the other hand, is characterized by a particularly high use of courts to resolve divorce conflicts.
Alternating forms of housing for children are demanding	Having children live alternately with mothers and fathers is ridden with prerequisites. The child's wishes, the child's age, the financial situation of the parents, the housing situation, and the distance between the parental homes and especially the quality of communication between the parents have to be taken into account.
The best interest of the child should be the central objective. To this end, the opinion of the child in court proceedings must be strengthened	The inclusion of the wishes of children in divorce proceedings is seen as an important objective in all countries. But the methods used to determine the child's wishes and the age at which a child is given a say differ greatly by country. Countries have made arrangements to structurally strengthen the protection of children's interests by the appointment of guardians/godparents or by the youth welfare offices. There was agreement that the children's wishes should be identified as early as possible and that specific expertise of judges, social workers, psychologists, youth welfare offices, etc. is needed.

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN
Die deutsche Situation im Kontext europäischer Systeme

LEGAL FRAMEWORK
The German situation in the context of European systems

Frau Meyer-Wehage wies in ihrem Vortrag – aus der Perspektive einer Familienrichterin betrachtet – zunächst darauf hin, dass Eltern in Deutschland ihre Differenzen bei Trennungen, öfter als dies im europäischen Vergleich der Fall ist, vor Gericht klären. Dies sei eine generelle Tendenz und unabhängig von Ehe, Bildungsstand und weiteren Variablen. Dabei sei jedoch zu beachten, dass im deutschen Recht selbst bei einem Einvernehmen der Eltern immer eine Entscheidung des Gerichts nötig sei, wenn es um eine Regelung zur elterlichen Sorge gehe.

Das deutsche Recht spräche, anders als international üblich, von „elterlicher Sorge" und nicht von „elterlicher Verantwortung". Die elterliche Sorge knüpfe in Deutschland rechtlich an die Ehe und nicht an die Abstammung an. So müsse bei nicht-verheirateten Eltern eine gemeinsame Sorge erst über entsprechende (Sorge-) Erklärungen oder eine gerichtliche Entscheidung hergestellt werden.

Ein nach einer Scheidung/Trennung getroffenes Betreuungsarrangement im Hinblick auf die (gemeinsamen) Kinder hat vielfältige Auswirkungen auf weitere Lebensbereiche. Dies gelte insbesondere für die Erwerbstätigkeit und den Unterhalt. Sie betont, dass in Deutschland derzeit ganz überwiegend die Mutter die Betreuung des Kindes oder der Kinder alleine übernehme – mit der entsprechenden Doppelbelastung bezogen auf Kinderbetreuung und Altersvorsorge. In Deutschland seien 19,7% der Familien mit Kindern alleinerziehend, davon 90% Mütter, was ca. 1,5 Millionen alleinerziehenden Müttern und ca. 157.000 alleinerziehenden Väter entspräche.

BRIGITTE MEYER-WEHAGE
Direktorin des Amtsgerichts,
Deutscher Juristinnenbund
Principal of district court,
German Women Lawyers Association

Ms. Meyer-Wehage pointed out that, from her perspective as a family court judge, parents in Germany clarify their differences about separations in court more often than parents in other European countries. This is a general trend which is independent of marriage, education, and other variables. Noteworthy, however, is that under German law a court decision is always necessary in regards on custody even if the parents agree.

She stresses that German law, in contrast to international practice, speaks of „parental custody" ("elterliche Sorge") rather than „parental responsibility" ("elterliche Verantwortung"). She goes on to say that parental custody in Germany is legally linked to marriage and not to ancestry. In the case of unmarried parents, for example, joint custody must first be established by means of appropriate (custody) declarations or a court order.

A care arrangement for (joint) children made after a divorce/separation has a variety of effects on other areas of life. She says this applies in particular to gainful employment and maintenance payments. She emphasizes that right now in Germany it is predominantly the mother who takes care of the child or the children alone - with the corresponding double burden of childcare and old-age provision. In Germany, 19.7% of families with children are single parents, 90% of them are mothers, which corresponds to about 1.5 million single mothers and about 157,000 single fathers.

Besonderheiten des deutschen Unterhaltsrechts

Das derzeitige Unterhaltsrecht berücksichtige die langfristigen finanziellen Auswirkungen auf die Alterssicherung nur unzureichend. Trennungs- oder nachehelicher Unterhalt würden in der Mehrzahl aller Fälle nicht gezahlt. Zum einen wegen des Vorrangs des Kindesunterhalts, der insbesondere bei mehreren unterhaltsberechtigten Kindern keinen Spielraum (mehr) für Trennungs- oder nachehelichen Unterhalt lasse; zum anderen, weil mit der Unterhaltsreform in 2008 der nacheheliche Unterhalt ab dem 3. Lebensjahr eines Kindes stark eingeschränkt worden sei.
Mit Blick auf den Unterhalt für minderjährige Kinder sei es in Deutschland so, dass der nicht betreuende Elternteil den Barunterhalt leiste, während der andere Elternteil seiner Verpflichtung zum Unterhalt des Kindes beizutragen, allein durch die Betreuung nachkomme (Stichwort: „einer betreut, einer bezahlt“).
Derzeit in der Diskussion sei in Deutschland das sogenannte „Wechselmodell“, d.h. die alternierende Betreuung. Dies sei in Deutschland deutlich umstrittener als in anderen europäischen Staaten, was mit den unterschiedlichen Auslegungen des Begriffs zusammenhängse: Während in Deutschland – nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) – beim „Wechselmodell“ von einer 50:50 Betreuung ausgegangen würde, spräche man in Belgien und Frankreich bereits bei einem Betreuungsanteil von 33:67 von einem Wechselmodell. In Deutschland würde dies unter den Begriff „erweiterter Umgang“ fallen.
Diese Unterscheidung hätte weitreichende Folgen für die Unterhaltspflicht. Denn während bei einem „erweiterten Umgang“ die Unterhaltspflicht (Barunterhalt) unverändert gegeben sei, könnte eine 50:50-Betreuung dazu führen, dass - bezogen auf den Barunterhalt - kein Kindesunterhalt (mehr) zu zahlen sei, was ganz überwiegend die Mütter träfe.

Rahmenbedingungen für verschiedene Betreuungsmodelle

Frau Meyer-Wehage stellte dar, dass - aus Sicht der Praxis - die Rahmenbedingungen die entscheidenden Faktoren für das Gelingen des einen oder anderen Betreuungsmodells seien. So hänge dies maßgeblich von den Umständen der Trennung (kon-

Special features of German child maintenance law

The current maintenance law does not sufficiently take into account the long-term financial effects on old-age provision. Separation or post-marital alimony is not paid in the majority of cases. She explains that this is because child maintenance has priority over alimony payments to the former spouse. So particularly in cases of more than one child being entitled to maintenance this often means that the other parent or spouse is no longer financially capable. Also, the reform to the alimony guidelines in 2008 means post-marital alimony has been greatly reduced as of the child’s 3rd year. With regard to child maintenance payments in Germany, the non-custodial parent should pay child cash maintenance while the custodial parent is meant to meet his/her obligation for child maintenance solely by the child care (keyword: “One pays, one cares”).

Currently under discussion in Germany is the so-called „alternating residency model“ for alternating care/residency. She points out that this is clearly more controversial in Germany than in other European countries, a fact which is due to the different interpretations of the term. While in Germany the „alternating model“ is based on a 50:50 care, in Belgium and France 33:67 already qualifies as an alternating model. In Germany this would fall under the term „extended access“. This distinction would have far-reaching consequences for the support obligation: In case of “extended access” the non-custodial parent still has to pay child cash maintenance while a 50:50 care arrangement could lead to a termination of payment, usually at the expense of the mother.

Frameworks for different care models

Ms. Meyer-Wehage explains that from practical experience, the framework conditions are the decisive factors for the success of one or the other care model. This depends largely on the circumstances of the separation (consensual or controversial), but also on the financial resources of the family. Due to the poor care infrastructure at regional levels, mothers would often consider moving their place of residence to their family of origin in order to enable grandparents to care for their children. This should increase the chance of finding employment. However, this poses a potential conflict with the child’s father.

sensual oder strittig), aber auch von den finanziellen Ressourcen der Familie ab. Mütter würden aufgrund der regional häufig schlechten Betreuungsinfrastruktur nicht selten einen Wohnortwechsel hin zur Herkunftsfamilie in Erwägung ziehen, um die Kinderbetreuung durch die Großeltern zu ermöglichen. Dadurch solle die Chance auf eine Erwerbstätigkeit erhöht werden. Dies führe jedoch zu einem potentiellen Konflikt mit dem Vater des Kindes.

In dem (Trennungs-)Kontext sei ebenso zu berücksichtigen, dass noch immer überwiegend die Mütter die Betreuungsaufgaben in der Partnerschaft übernähmen und deshalb in Teilzeit bzw. prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig seien. Sie seien aber nach der Rechtsprechung des BGH gehalten, nach der Trennung alsbald eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen bzw. die bisherige aufzustocken, was schwierig sei. Demgegenüber sei der Vater häufig bereits in Vollzeit tätig, wodurch die Voraussetzungen der beiden Elternteile für die Zeit nach der Trennung sehr unterschiedlich ausfielen.

> *Im Scheidungs- und Trennungsfall sollte das Kindeswohl und der Kindeswille stärker im Fokus stehen.*
>
> *In the case of separation / divorce, the focus should be on the "best interest" of the child and the will of the child.*

Exkurs: Trennung / Scheidung bei sozialer Elternschaft

Nicht selten geht ein Elternteil nach einer Trennung eine neue Verbindung ein, so dass die Kinder mit weiteren Bezugspersonen, insbesondere den neuen Partnern*innen des betreuenden Elternteils, zusammenleben. Durch die Übernahme von Elternpflichten können enge Bindungen zu den neuen Partnern*innen entstehen. Zerbricht auch diese Beziehung, stelle sich, so Frau Meyer-Wehage ergänzend, mitunter die Frage, welcher „Elternteil" denn nun gemeinsam (mit-)betreuen soll. Nach nationalem Recht hätte der soziale Elternteil nur wenige Möglichkeiten, um eine gemeinsame Erziehung nach der Trennung durchzusetzen.

Frankreich und Belgien

Frau Meyer-Wehage warf vergleichend zudem einen Blick auf Belgien und Frankreich. Für Frankreich konstatiert sie, dass das französische Recht grundsätzlich weniger auf Konfrontation, sondern eher auf

Regarding the (separation) context from her point of view it is noteworthy that it is still the mothers that assume care tasks in the partnership and because of that are employed part-time or in precarious employment. Moreover, according to case law of the Federal Court of Justice, mothers are required to take up gainful employment after separation or to increase their previous employment, which is difficult. On the other hand, the father is often already working full-time, which means that the conditions of the two parents for the time after separation are very different.

Excursus: Separation/divorce in case of social parents

It is not unusual for a parent to enter into a new relationship after a separation meaning that the children live together with other reference person, in particular the new partner of the custodial parent. The assumption of parental responsibilities can result in close ties to the new partner. If this relationship also breaks down, the question sometimes arises which „parent" should now contribute to care for the child. Under German law, the social parent would have only few possibilities to enforce joint upbringing after separation,

France and Belgium

Mrs. Meyer-Wehage also takes a comparative look at the situation in Belgium and France. She says that in France, the law is fundamentally less geared to confrontation than it is to consensus. All points of conflict could be discussed and settled in one case. In France, joint custody is the rule. In the case

Konsens ausgerichtet sei. Alle Konfliktpunkte könnten in einem Verfahren erörtert und geregelt werden. In Frankreich bilde die gemeinsame Sorge den Regelfall, wobei bei nichtehelichen Partnerschaften spätestens innerhalb eines Jahres die Elternschaft anerkannt werden müsse, andernfalls würde Alleinsorge bestehen. Bei der Ausübung der elterlichen Sorge könnten beide Eltern gewöhnliche Handlungen allein vornehmen, wobei „gewöhnlich" nicht allgemein definiert sei. Bei Streit könne ein Elternteil vor Gericht ziehen. Eine etwas größere Bedeutung als in Deutschland habe das Einbeziehen des Kindes in die Verfahren. So sei die Kindesanhörung ein eigenständiges Recht des Kindes, wobei in der Regel davon ausgegangen würde, dass ein Kind bis zum 7. oder 8. Lebensjahr „urteilsunfähig" sei (anders das nationale Recht, das für die Anhörung eines Kindes früher ansetzt – in der Regel nach Vollendung des 3. Lebensjahres).
In Belgien hätte es 2013 eine umfassende Reform zum Familienrecht gegeben, nach der die elterliche Sorge unabhängig vom Familienstand der Eltern und deren Zusammen- oder Getrenntleben gemeinsam ausgeübt würde, wobei der Begriff als solcher nicht definiert sei. Bereits 2006 sei ein Gesetz verabschiedet worden, mit dem das Modell der zwischen den Elternteilen „wechselnden Unterbringung des Kindes" gestärkt worden sei. Anders als in Frankreich sei die alleinige Entscheidungsbefugnis nicht auf „gewöhnliche Handlungen" beschränkt. Für den Konfliktfall bei einer Regelung von Angelegenheiten von „erheblicher Bedeutung" für die Erziehung des Kindes, gebe es eine der deutschen Rechtspraxis ähnliche Regelung (Übertragung der Alleinentscheidungsbefugnis).

Kinder sollten im Fokus stehen

Frau Meyer-Wehage betonte, dass im Fall von Trennung und Scheidung maßgeblich die Kinder im Fokus stehen (sollten). Gemeint sei damit nicht nur das oft zitierte Kindeswohl, sondern auch der Kindeswille, der über eine persönliche Anhörung zu ermitteln und zu verifizieren sei. Bei den Entscheidungen gelte es, jeweils zwischen den Rechten der Eltern und denen der Kinder abzuwägen. Eine für Gerichte keineswegs leichte Aufgabe. Kinder erlebten eine Trennung immer als einschneidendes Erlebnis, bei der sie (von Ausnahmen abgesehen) keinen Elternteil verlieren oder verärgern möchten. Ziel der Kinder sei es in der Regel, dass es zwischen den Eltern „gerecht"

of unmarried couples, parenthood has to be recognized within one year otherwise there would be sole custody. When exercising parental responsibility, both parents could decide on "ordinary activities" alone, whereby „ordinary activities" is not generally defined. In the event of a dispute, one parent could go to court. The inclusion of the child in the proceedings has a somewhat greater significance than in Germany. Thus, the child's hearing is an independent right of the child. However, as a rule the assumption is that until a child turns seven or eight, the child is not able to form an opinion. This differs from German law, in which a hearing of the child is possible from the age of three.
In Belgium, there was a comprehensive family law reform in 2013. Accordingly, parental custody would be exercised irrespective of the marital status of the parents and their cohabitation or separation, without the term being defined as such. As early as 2006, a law was passed which strengthened the model of the „alternating residence of the child" between the parents. Unlike in France, exercising parental responsibility is not limited to "ordinary actions". In the case of conflict about regulating matters of considerable importance for the upbringing of the child, there is a regulation similar to German legal practice ("transfer of the decision making competence").

Children should be the focus

Ms. Meyer-Wehage emphasized that in the case of separation/divorce, the focus should be on the children. This not only refers to the often-cited "best interest" of the child, but also to the will of the child, which should be determined and verified through a personal hearing. Even though it is not an easy task for courts to weigh the rights of parents and children when making decisions, this needs to be done. Children always experience a separation as a drastic

zugehen solle und sie deshalb in Befragungen häufiger angäben, bei beiden Elternteilen (in gleichem Umfang) leben zu wollen. Frau Meyer-Wehage betonte, dass es jedoch schwierig sei zu klären, ob dies wirklich dem Willen des Kindes entspräche oder eher Ausdruck eines Loyalitätskonflikts sei. Kinder wollen, wie die Praxis zeige, nicht für eine Regelung oder Entscheidung verantwortlich gemacht werden, die dem erklärten Wunsch eines Elternteils widerspricht. Sie bedauerte, dass es bisher zu wenige Studien dafür gäbe, wie tragfähig der Kindeswille in der Realität sei – gerade auch in mittelfristiger Sicht.

Fazit

In ihrem Fazit wies sie darauf hin, dass es für eine gemeinsame Betreuung/ein alternierendes Wohnen zahlreiche Risikofaktoren gebe, wie z.B. Probleme in der Beziehung und auf der Kommunikationsebene, aber auch zwischen einem Elternteil und dem Kind, mangelnde finanzielle Ressourcen (geringes Einkommen des Vaters oder auch der Mutter stehe häufig einer gemeinsamen Betreuung entgegen), Loyalitätskonflikte und die räumliche Distanz.
Insofern stehe sie auch den diskutierten Neu-Regelungen im Kindschaftsrecht skeptisch bis ablehnend gegenüber. Diskutiert werde insbesondere, ob ein sogenanntes Wechselmodell bei Trennung auch ohne Elternkonsens als Regelfall eingeführt werden solle.
Sie sehe verfassungsrechtliche Bedenken, da die Eltern in der Pflege und Erziehung ihrer Kinder grundsätzlich frei seien und damit die Festschreibung eines bestimmten Betreuungsmodells nicht unvereinbar sei, wenn nicht gar ausscheide. Jedoch dürfe der Staat, unabhängig von seinem sogenannten „Wächteramt" in dieses Elternrecht eingreifen, wenn die Eltern sich nicht einigen können.
Sie wies schließlich noch auf die Beschlussfassungen des Deutschen Juristentags 2018 hin, der sich nur dafür ausgesprochen habe, das Wechselmodell neben dem Residenzmodell gesetzlich abzubilden.

experience, one in which they (exceptions aside) do not want to lose or annoy any parent. As a rule, the children want things to be „fair" between the parents and for that reason more frequently state in surveys that they want to live with both parents (to the same extent). Ms. Meyer-Wehage stressed, however, that it was difficult to determine whether this is really the child's wish or rather an expression of a conflict of loyalty. Moreover, as practice shows, children do not want to be held responsible for a regulation or decision that is against the explicit wishes of one of the parents. She regrets that so far there have been too few studies on how sustainable the child's wish is in reality - especially in the medium term.

Bottom line

In her conclusion, she pointed out that there are numerous risk factors for joint care, such as problems in the relationship and on the communication level, but also between one parent and the child, lack of financial resources (low income of the father but also that of the mother often hinders joint care, see above), conflicts of loyalty, and physical distance.
In this respect she noted to be skeptical to the point of being negative about the new regulations being discussed in the law of parent and child. Particularly under discussion is whether a so-called "alternating residence model" (50:50-"Wechselmodell") should be introduced as a rule in the event of separation even without parental consent. She has reservations where the constitution is concerned, because the parents have the right to freely decide about the care and upbringing of their children as they wish. Thus, introducing a general rule on a specific care arrangement might not be compatible with the constitution and therefore be unsuitable. However, independently of its function as so called "guardian for families", the state may intervene in this parental right if the parents cannot reach an agreement. Finally in this context she referred to the resolution of the German Jurists' Conference 2018, which only recommended to legally juxtapose the model of alternating residence alongside the traditional "residence model".

SOZIALE AUSWIRKUNGEN VON SCHEIDUNG/TRENNUNG
am Beispiel Deutschlands

SOCIAL EFFECTS OF DIVORCE/SEPARATION
using the example of Germany

Frau Dr. Radenacker von der Hertie School of Governance konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf den Einfluss von Familiengründung und Scheidung auf Erwerbsverläufe von Frauen. Insbesondere für Frauen könne eine Trennung/Scheidung einen großen finanziellen Bruch darstellen, da sie ihre Berufstätigkeit häufig an den Bedarfen der Familie orientiere, während Männer im Durchschnitt ihre Erwerbstätigkeit auch bei Eintreten einer Vaterschaft nur unwesentlich einschränkten.

Frau Dr. Radenacker stellte zunächst die Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland im internationalen Vergleich dar, um im Anschluss vor allem die konkreten Folgen von Trennung und Scheidung für die Erwerbstätigkeit und Einkommen aufzuzeigen. Anhand des OECD-Berichts „Dare to Share" von 2017 zeigte sie, dass die Erwerbstätigenquote von Frauen in Deutschland zwischen 2000 und 2014 stark gestiegen sei und nunmehr im OECD-Vergleich im oberen Drittel hinter den nordischen Staaten liege. Im Bezug auf Mütter schränkte sie jedoch ein, dass diese zu einem hohen Anteil in Teilzeit arbeiteten und dies in einem deutlich stärkeren Maße als in anderen OECD-Staaten. Deutschland weise nach den Niederlanden die zweithöchste Teilzeitquote bei den Müttern auf. Zudem basiere die jeweilige Teilzeit häufig auf einem im Vergleich mit anderen Staaten niedrigeren Stundenumfang. Dementsprechend sei in Deutschland der Beitrag der Mütter zum Haushaltseinkommen geringer als in den meisten anderen untersuchten Staaten. Aufgrund der auch im Fall der Vaterschaft gleichbleibend hohen Arbeitsmarktintegration von Männern erführen diese kaum Einkommenseinbußen.

DR. ANKE RADENACKER
Hertie School of Governance

In her lecture, Dr. Anke Radenacker of the Hertie School of Governance focused on the life course perspective of women and their employment. For women in particular, a separation/divorce could be a major financial cut, since their professional activity was often oriented towards the needs of the family, while men on average only restricted their gainful employment insignificantly even if they become fathers.

Ms. Radenacker first compared the employment of women in Germany with that of other countries, and then she explained the specific consequences of separation and divorce for employment and income. On the basis of the OECD report "Dare to Share" from the year 2017, she illustrated that the employment rate of women in Germany has risen sharply between 2000 and 2014 and is now in the upper third of the OECD comparison behind the Nordic countries. With regard to mothers, however, she conceded that they work predominantly and to a large extent part-time – in some cases to a much greater extent than in other OECD countries. Germany has the second highest part-time maternal employment rate after the Netherlands. In addition, part-time work is often based on fewer hours than in other countries. Accordingly, the contribution of mothers to household income in Germany is lower than in most other countries surveyed. Due to the consistently high level of men integrated in the workforce, even if they become fathers, they hardly suffer any income loss.

Under these circumstances, it is not surprising that a separation/divorce would mean a much worse monetary cut for women than for men, who could provide

Unter diesen Voraussetzungen sei es nicht überraschend, dass eine Trennung/Scheidung für Frauen einen deutlich tieferen monetären Einschnitt bedeute als für Männer, die auch nach einer Trennung nahtlos für das eigene Einkommen sorgen könnten. So würde sich das Armutsrisiko von Frauen mit der Scheidung fast verfünffachen und in den Jahren danach durch eine Wiederaufnahme oder Intensivierung der Erwerbsbeteiligung erst allmählich wieder reduzieren, allerdings nicht auf das Niveau von vor der Scheidung. Im Gegensatz dazu bliebe das Armutsrisiko für Männer durch eine Trennung/Scheidung nahezu unverändert.

Frau Dr. Radenacker berichtete von einer in Zusammenarbeit mit der deutschen Rentenversicherung durchgeführten Studie. Darin wurden Erwerbsquoten und Einkommensinformationen für die zwei Jahre vor der Scheidung, das Jahr der Scheidung (Jahr der Zustellung des Scheidungsantrags) und die zwei Jahre nach der Scheidung ausgewertet. Vor dem Hintergrund allgemein langsam ansteigender Erwerbsquoten von Müttern zwischen 1992 und 2013, zeigt sich demnach eine besondere Dynamik im Scheidungsverlauf. Die Erwerbsquote von Müttern steige im Prozess der Scheidung stark an. Jedoch lägen diese weiterhin deutlich unter den Erwerbsquoten der Väter. Eine größere Steigerung bei Scheidungen ab 2008 könne mit gesetzlichen Änderungen um Unterhaltsrecht zusammenhängen, die geschiedene Mütter in stärkerem Maße als zuvor dazu auffordern, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen.

Ein ähnliches Bild ergebe sich bei Betrachtung des Erwerbseinkommens der Mütter im Vergleich zum Durchschnittseinkommen in Deutschland. Das Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten in Deutschland spiegele sich in den Rentenpunkten der Deutschen Rentenversicherung wider. Ein Rentenpunkt entspricht dem in diesem Jahr erzielten Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten. Das Durchschnittseinkommen von Müttern verdoppele sich etwa im Verlauf der Scheidung durch

> *„Eine Trennung/Scheidung bedeute für Frauen einen deutlich tieferen monetären Einschnitt als für Männer."*
>
> *„A separation/divorce means a much worse monetary cut for women than for men."*

seamlessly for their own income even after a separation. For example, the risk of poverty among women increases almost fivefold with divorce and only gradually decreases in the following years through a resumption or intensification of workforce participation, but not to the level before divorce. In contrast, the risk of poverty for men would remain almost unchanged due to separation/divorce.

Ms. Radenacker additionally describes how, in a study she and others carried out in cooperation with the German Pension Insurance Association, the above picture is differentiated and reinforced. In the study, employment rates and income information were evaluated for the two years before the divorce, the year of the divorce (year in which divorce papers were served), and two years after divorce. Given that there is an overall slow increase in maternal employment rates between 1992 and 2013, the divorce process is particularly dynamic. The employment rate of mothers rises sharply in the divorce process. However, these are still well below the employment rates of fathers. A larger increase of the employment rate in divorces from 2008 onwards may be related to changes in the support laws which require divorced mothers to provide for themselves to a greater extent than before.

A similar picture emerges when considering the earned income of mothers in comparison to the average income in Germany. The average income of dependent employees in Germany is reflected in the pension points earned by the German Pension Insurance Association. One pension point corresponds to the average income of the dependent employees in this year. The average income of mothers doubles in the course of the divorce due to higher workforce participation. However, the increase takes place at a very low level. Two years after a divorce, mothers who divorced between 2008 and 2013 received less than 0.4 pension points, i.e. less than 40% of the average income of employees in Germany. The difference to the men/fathers thus remains considerable.

die stärkere Arbeitsmarktbeteiligung. Allerdings finde der Anstieg auf einem sehr niedrigen Niveau statt. Zwei Jahre nach einer Scheidung erreichten Mütter, die sich zwischen 2008 und 2013 scheiden ließen, nicht einmal 0,4 Rentenpunkte, d.h. weniger als 40% des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer*innen in Deutschland. Der Unterschied zu den Männern/Vätern bleibe damit erheblich.
Insgesamt, so folgerte Frau Dr. Radenacker, sei es nicht die Scheidung allein, die für die negativen Scheidungsfolgen verantwortlich sei, sondern auch die für die Frauen finanziell langfristig nachteiligen Modelle der innerfamiliären Arbeitsteilung mit großen Unterschieden der Erwerbsbeteiligung und der Wochenarbeitszeiten zwischen Männern und Frauen und vor allem Müttern und Vätern. Insofern müssten sozialpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Müttern im gesamten Lebensverlauf ansetzen – und nicht erst bei der Scheidung.

Overall, Mrs. Radenacker concluded, it is not only divorce alone that is responsible for the negative consequences of divorce, but also the models of intra-family division of labor during partnership that were financially disadvantageous in the long term for women, with large differences in workforce participation and weekly working hours between men and women and, above all, between mothers and fathers. In this respect, socio-political measures to improve the situation of mothers should be throughout their lives – and not at the time of divorce.

Das Beispiel **FINNLAND**

The example of **FINLAND**

Frau Laru gab einen Überblick über die derzeitige Rechtslage sowie weitere Hintergrundinformationen zum Finnischen System des Scheidungs- und Sorgerechts. Dabei hob sie hervor, dass nach einer Trennung die Beibehaltung der gemeinsamen Sorge üblich sei (ca. 93% der Fälle im Jahr 2018). Es sei damit auch nicht notwendigerweise ein alternierendes Wohnen im Sinne eines regelmäßigen Wechselns der Kinder zwischen den Elternteilen gemeint. Tatsächlich lebten nach einer Trennung ungefähr zwei Drittel der Kindern ausschließlich bei ihrer Mutter und ca. 17% in einem alternierenden Wohnmodell. Der Anteil der letzteren Modelle sei aber in letzter Zeit gestiegen. Sie erläutert, dass das Elternteil, bei dem das Kind lebt, von dem anderen Elternteil Unterhalt erhält.

SUVI LARU
Väestöliitto

Insbesondere betont Frau Laru, dass in Finnland ein breiter gesellschaftlicher Konsens bestünde, Trennungssituationen im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung im elterlichen Einvernehmen zu lösen, statt eine gerichtliche Auseinandersetzung herbeizuführen: Während jährlich ca. 49.000 Fälle im vorgerichtlichen Konsens gelöst würden, seien es lediglich 3.000 Fälle, bei denen sich die Paare nicht im Vorfeld einigen konnten. Von diesen 3.000 Fällen würden jedoch ein Drittel in einem speziellen gerichtlich angeordneten Mediations-Verfahren gelöst werden, so dass letztendlich lediglich 1.000 Fälle in ordentlichen Gerichtsprozessen entschieden würden.

Frau Laru hält die derzeitige finnische Situation für besonders interessant, weil das finnische Parlament gerade kürzlich eine Reform verabschiedet hätte, die im Dezember 2019 in Kraft treten solle. Mit ihr würden einige Änderungen im Sorge- und

Suvi Laru of Väestöliitto gave an insight into the background and current regulations in Finland. She described how the Finnish system works with regard to divorce and custody, pointing out that in Finland joint custody of the children is the most common solution after the parents' separation (around 93% in 2018). Joint custody does not mean living in an alternating residence, where the child spends alternate weeks with each patient. In fact, around two thirds of children live with their mother after divorce and only 17% live an alternating residence model, although that percentage has been rising recently. She also stated that, in the Finnish system, the parent with whom the child resides receives cash child support payments from the other parent.

Suvi Laru highlighted that in Finnish society there is a high degree of consensus for resolving separation cases by common agreement instead of settling them in court: While there are around 49,000 cases resolved in the social services context by agreement, there are only about 3,000 cases that go to court because the parents have not been able to reach such an agreement. Of these, one third are settled by so-called 'expert-assisted, court-related mediation in child custody disputes'; this means that only some 1,000 cases are settled by a standard court procedure.

The Finnish case is particularly interesting, because the Finnish parliament has just approved a reform that comes into effect in December 2019. The reform introduces changes to the Child Custody and Right of Access Act, taking into account social developments such as the greater diversity of family configurations and situations better than before.

Umgangsrecht eingeführt, die vor allem die gesellschaftlichen Veränderungen hinsichtlich der sich ausdifferenzierenden Familienformen und Lebenssituationen berücksichtigen sollen. Die gesetzlichen Neuregelungen zielen primär darauf, die Position und die Rechte des Kindes zu stärken. Dies zeigt sich vor allem darin, dass die Beteiligung des Kindes im Verfahren verbessert werden solle. Zudem solle der finnische Sozialdienst besser in die Lage versetzt werden, Kinder zu begleiten, vor negativen Einflüssen zu schützen und die Beziehung des Kindes zu den Elternteilen zu unterstützen. Es soll darüber hinaus in Zukunft möglich sein, das Sorgerecht zusätzlich zu den Eltern einer weiteren Person zu übertragen. Außerdem sollen die Trennungsverfahren beschleunigt sowie auch die Verfahren zur Anerkennung der Vaterschaft (wenn das Kind außerhalb der Ehe geboren wird) vereinfacht und bereits vor der Geburt des Kindes ermöglicht werden.

Auf die Neuerungen hinsichtlich des Aufenthalts des Kindes ging Frau Laru ausführlicher ein. Sie erläuterte, dass ein alternierendes Wohnen („joint physical custody") (das dann vorliegt, wenn das Kind mindestens 40% der Zeit bei jedem Elternteil verbringt) nun auch im Finnischen Familienregister/Standesamt festgehalten werden könne. Sie betont, dass auch im Falle einer Einigung auf ein alternierendes Wohnen des Kindes, das Kind lediglich einen offiziellen Wohnsitz habe, was Auswirkungen auf steuerliche Fragen haben könne. Vor dem Hintergrund der Deutschen Diskussion, die von Frau Meyer-Wehage und Frau Dr. Radenacker vorgestellt worden war, hob sie hervor, dass Einigungen über den Aufenthalt des Kindes keinen Effekt auf Sozialleistungen haben, wie zum Beispiel Wohngeld und Kindergeld.

Im Jahr 2018 habe es eine Evaluation der damaligen Rechtslage zum alternierenden Wohnen der Kinder nach Scheidung, deren Umsetzungspraxis und die Effekte auf die Kinder gegeben. Festgestellt wurde unter anderem, dass zwar keine formalen Hürden

> *In Finnland besteht ein breiter Konsens, Trennungen im im elterlichen Einvernehmen zu lösen, anstatt in einer gerichtlichen Auseinandersetzung.*
>
> *In Finnish society there is a consensus for resolving separation cases by common agreement instead of settling them in court.*

As Suvi Laru pointed out, the legislative amendments are supposed to strengthen the position and rights of the child. This is especially manifest in provisions giving greater rights to children to participate in the consideration of questions relating to them. There are also changes aimed at speeding up court proceedings. Additionally, it is the duty of the social services to cultivate the child's relationships and at the same time to protect him/her from all potential actions that would harm the child and or his/her relationship with either parent. Also it will now be possible to award custody of the child to a person in addition to the parents. Another aim of the amended act is to make it easier to admit fatherhood before the birth of a child out of wedlock.

The reform also includes some provisions on alternating residence to be added to the act, which were described by Suvi Laru in more detail. She explained that joint physical custody (defined as a child spending more than 40% of his/her time with each parent) can now be registered with the civil registry. However, even if the parents decide on alternating residence, the child could still have only one official place of residence. Especially in the light of the information about the German system, it is noteworthy that these provisions do not affect any benefits or services, such as housing allowance or the allocation of child benefit. Information about the alternating residence arrangement would, however, be entered into the Population Information System, which would then better reflect the child's residential arrangements in cases where the child resides an equal amount of time with each parent.

At the beginning of 2018, there was an evaluation of the then legislation and its implementation in relation to the benefits and services for children who lived part of the time with each parent. The evaluation working group noted that the legislation did not pose any particular obstacles to alternating residence for children. However, alternating residence has not been comprehensively taken into account in the leg-

existierten, die einer solchen alternierenden Wohnform gegenüber stünden, die rechtlichen Möglichkeiten in der Praxis aber nicht häufig umgesetzt würden. Die Evaluation habe hervorgehoben, dass das Wohl des Kindes („best interest") leitendes Prinzip sein müsse, wenn über die Wohnform des Kindes entschieden werde. Eine weitere Evaluation sei derzeit im Gange und soll im Mai 2020 enden.
Das Kind in das Zentrum zu stellen bedeute in dem Zusammenhang auch, dass es ein Umgangsrecht mit einer ihm nahestehenden Person erhalte. So könne eine enge Bindung des Kindes zum Beispiel zu den Großeltern aufrecht erhalten werden.
Die aktuelle Reform bringe darüber hinaus für die Eltern zusätzliche Möglichkeiten, sich gemeinsam außergerichtlich zu einigen. Frau Laru wies erneut darauf hin, dass die große Mehrheit von Scheidungen in Finnland mit Hilfe von Sozialdiensten und weniger in Gerichten geklärt würden. Auch wenn die Paare sich nicht in einer gemeinsamen Erklärung einigen könnten, blieben diverse Mediationsschritte:

1. Freiwillige Familienmediation der Sozialdienste, wobei der Fokus auf dem Kind liege.

2. Eine Mediation, die zwar freiwillig sei, die jedoch Gerichtsbezüge hat für den Fall, dass die Scheidung doch in einem Gerichtsprozess entschieden werden müsse. Auch hier stünde eine Einigung im Vordergrund, die insbesondere im Hinblick auf die Interessen des Kindes erfolgen soll.

3. Ein Bericht des kommunalen Sozialdienstes, was der übliche Weg sei, das Kind direkt anzuhören.

4. Eine Mediation, die direkt vom Gericht angeordnet wird und in der ebenfalls das Kind, je nach seinem Alter und Entwicklungsstand, angehört werde.

Zudem hob Frau Laru die Bedeutung der Interessen des Kindes und die Kindesanhörung in Trennungsprozessen hervor. Ab Dezember 2019 würden weitere Möglichkeiten eingeführt werden, die in einvernehmlichen Scheidungsfällen eine Kindesanhörung direkt im Gericht ermögliche.

islation or in its implementation. It was highlighted that, in all cases, the child's best interests should be the guiding principle in all arrangements concerning shared residence. There will be another evaluation, ending in May 2020.
Besides these provisions, the new act aims to give parents more opportunities to reach mutual agreements to be subsequently confirmed by the social services. This also includes introducing a measure to enable shared child custody with a third person along with the parents. In this, the child is placed centre-stage and has the right to have contact to a person who is particularly close to him or her, such as a grandparent.
Suvi Laru emphasized the focus on the child's best interests and how the child is heard in divorce cases. As she pointed out, the vast majority of divorce cases in Finland are not settled in court, but within the social services. Only if there is no joint agreement will the family have to engage in different mediation possibilities:

1. voluntary family mediation by the social services, with a sharp focus on the child;

2. voluntary expert-assisted, court-related mediation in case the divorce ends up in court, which tries to resolve the parents' differences and to promote the parents' mutual efforts in the interests of the child;

3. a circumstances report by the Municipal Social Affairs Council, which has been the most common way of hearing the child; or, finally,

4. compulsory mediation mandated by the court, in which a negotiator will hear the child personally, provided the child's age and stage of development make it possible.

From December 2019, there will be a new option to hear the child also in undisputed cases and more often directly in court.

Das Beispiel **SPANIEN**

The example of **SPAIN**

Zur Einordnung des spanischen Beispiels erläuterte Frau Fernández-Rasines einführend, dass es innerhalb Spaniens zwischen den einzelnen autonomen Gebieten große rechtliche und ökonomische Unterschiede gebe. Desweiteren habe in den letzten Dekaden hinsichtlich Familie, Gender, Ehe und Scheidung ein sozialer Wandel in der spanischen Gesellschaft stattgefunden. So habe die Ehe in ihrer Bedeutung für Partnerschaften abgenommen und zugleich die Bedeutung von Kindern als zentrales Konstitutionsmerkmal für Familien zugenommen. Die Geburten außerhalb der Ehe hätten sich nach Eurostat-Daten von 2000 bis 2010 verdoppelt und würden weiterhin steigen: Von 34% (2010) auf 46% (2016), während der EU-Durchschnitt 40% betrüge. In Spanien seien 20% der Ehen eine Zweitehe für mindestens eine/n der beiden Beteiligten. Heute endeten fast 60% der Ehen in Spanien in einer Scheidung.

DR. PALOMA
FERNÁNDEZ-RASINES
Universidad Pública de Navarra

1981 sei nach der Franco Diktatur die Scheidung mit einem Schuldprinzip wieder eingeführt worden. Gleichzeitig wurde auch das gemeinsame Sorgerecht nach Scheidung implementiert. Unabhängig davon sei es bis 2005 üblich gewesen, den Aufenthalt des Kindes der Mutter zuzusprechen. Mit der Einführung der Scheidung ohne Schuldprinzip sei es ab dem Jahr 2005 möglich geworden, dass auch der Aufenthalt des Kindes im Sinne eines alternierenden Wohnens des Kindes zwischen den Eltern aufgeteilt werden konnte. Das spanische Verfassungsgericht hat diese Regelung 2013 bestätigt und das Wohl des Kindes („best interest") in den Mittelpunkt gestellt.

Hinsichtlich der Verteilung der Haus- bzw. Care-Arbeit und dem Beruf während der Partnerschaft stellte Frau Fernández-Rasines weiterhin große

Paloma Fernández-Rasines spoke about the situation in Spain. She explained that there are significant economic and legal differences between the Autonomous Communities in Spain. She also described the shifts the Spanish society that have taken place in recent decades regarding family, gender, marriage and divorce. Marriage is no longer the predominant arrangement for partnerships and family is interpreted more as meaning the existence of children rather than marriage. This is underlined by the fact that the number of births outside marriage doubled from 2000 to 2010 (source: Eurostat) and has been rising since then, from 34.4% in 2010 to 46% in 2016. The EU average is 40%.

As she pointed out, in Spain, 20% of marriages are a second marriage for one of the partners and, taking into account data on the length of marriages, she concluded that there was an almost 60% chance that a marriage will end in divorce. In 1981, 'fault' divorce regulation was reinstituted after the end of the Franco dictatorship. At the same time, joint custody by default was introduced. However, until 2005, physical custody was usually given to the mother after divorce. Finally, in 2005, when 'no-fault' divorce was introduced, it became possible for custody of the child to be shared. This was backed up by rulings of the Spanish Supreme Court, especially after 2013, which put the child's best interests at the centre of all decisions.

With regard to the distribution of household duties and professional work, there still are major disparities between males and females and between fathers and mothers: childcare falls to the mother in 82% of cases, the grandmother being the main alter-

Unterschiede zwischen Vätern und Müttern fest. So sei die Kinderbetreuung in 82% der Fälle eine Sache der Mutter, wobei die Großmutter mit 7,5% die Hauptalternative noch vor dem Vater (4,8%) sei. Externe Kinderbetreuung würde in 4,3% der Fälle genutzt. Umgekehrt sie der Vater in fast einem Drittel der Familien die alleinige Erwerbsperson, während in 52% beide Eltern zum Haushaltseinkommen beitragen würden (Zahlen aus 2014).

Wie auch in anderen Staaten sei auch in Spanien Teilzeitarbeit eine Frauen-Domäne: 70% der Teilzeit-Jobs werden durch Frauen ausgeübt und 20% von ihnen tun dies aus familiären Gründen. Diese Umstände würden begleitet durch Gender Gaps bei der ungleichen Verteilung von Haushalts- und Care-Aufgaben, befristeten Jobs, Freiberuflichkeit, und der Aufnahme von Elternzeiten, die überwiegend von Müttern in Anspruch genommen würden. Jedoch sei auf der anderen Seite die Frauen- und Müttererwerbstätigkeit in Spanien seit den 1990er Jahren kontinuierlich gestiegen.

Diese Veränderungen würden von einer größer werdenden gesellschaftlichen Debatte über Elternschaft, Sorge- und Umgangsrecht sowie über den Aufenthalt des Kindes nach einer Trennung / Scheidung begleitet. Frau Fernández-Rasines wies darauf hin, dass im Spanischen die Unterscheidung der beiden in diesem Zusammenhang wichtigsten Begriffe wie folgt sei: "corresponsabilidad parental" im Sinne des deutschen „gemeinsamen Sorgerechts", dass seit 1981 möglich sei. Im Unterschied dazu entwickelten sich seit 2005 weitergehende Regelungen zur „custodia física compartida" (alternierendes Wohnen der Kinder). Für diese hätte es in den letzten zehn Jahren bereits einige Evaluationen gegeben. 2010 sei die alternierende Wohnform in 10% der Fälle genutzt worden, 2012 in 12% und 2016 in 28%. Hierbei gebe es jedoch große Unterschiede innerhalb Spaniens. In jenen Regionen, in denen es eine gesetzliche Regelung dazu gebe, sei die Rate der Nutzung deutlich höher. So zum Beispiel in Katalonien mit 42% der Fälle und auf der anderen Seite in Murcia mit nur 13%.

Zusammenfassend wies Frau Fernández-Rasines darauf hin, dass es eine ganze Reihe von unklaren

native (7.5%), followed by the father (4.8%). External childcare services are used in 4.3% of cases. However, in almost one third of families, the father is the only breadwinner, while in 52% both parents contribute to the household budget (data from 2014). Just as in other countries, in Spain in general, part-time jobs are a female realm: around 70% of all part-time jobs are filled by women and 20% of those women have chosen to work part-time because of family responsibilities. Additionally, there are gender gaps in the apportionment of household and care duties, temporary jobs, self-employment and parental leave.

> *Uneinheitliche Konzepte von Sorge, Betreuung und Aufenthalt des Kindes erschweren die Debatte.*
>
> *The variety of concepts in the field of custody, care and residence of children leads to problems in the debate.*

Nevertheless, the employment rate of women and mothers has been rising in Spain since the 1990s.

These changes have been accompanied by a growing debate about parenting, child custody and the residence of the child after divorce. Paloma Fernández-Rasines noted that in the Spanish language, the distinction between the two most important terms concerning custody are "parental authority" and "child physical custody": "Corresponsabilidad parental" in the sense of 'shared parental authority', was unequivocally granted from 1981. What has evolved since 2005 is 'joint physical custody', which in other contributions earlier on was named "dual", "alternating" or "shared" residence. There has indeed been a considerable jump in the latter over the past decade. In 2010, they were used in 10% of the cases, in 2012 in 12% of cases and in 2016 in 28% of cases. However, within Spain there are remarkable differences between Autonomous Communities: those that have a physical joint custody law have distinctly higher rates of dual or alternating residence.

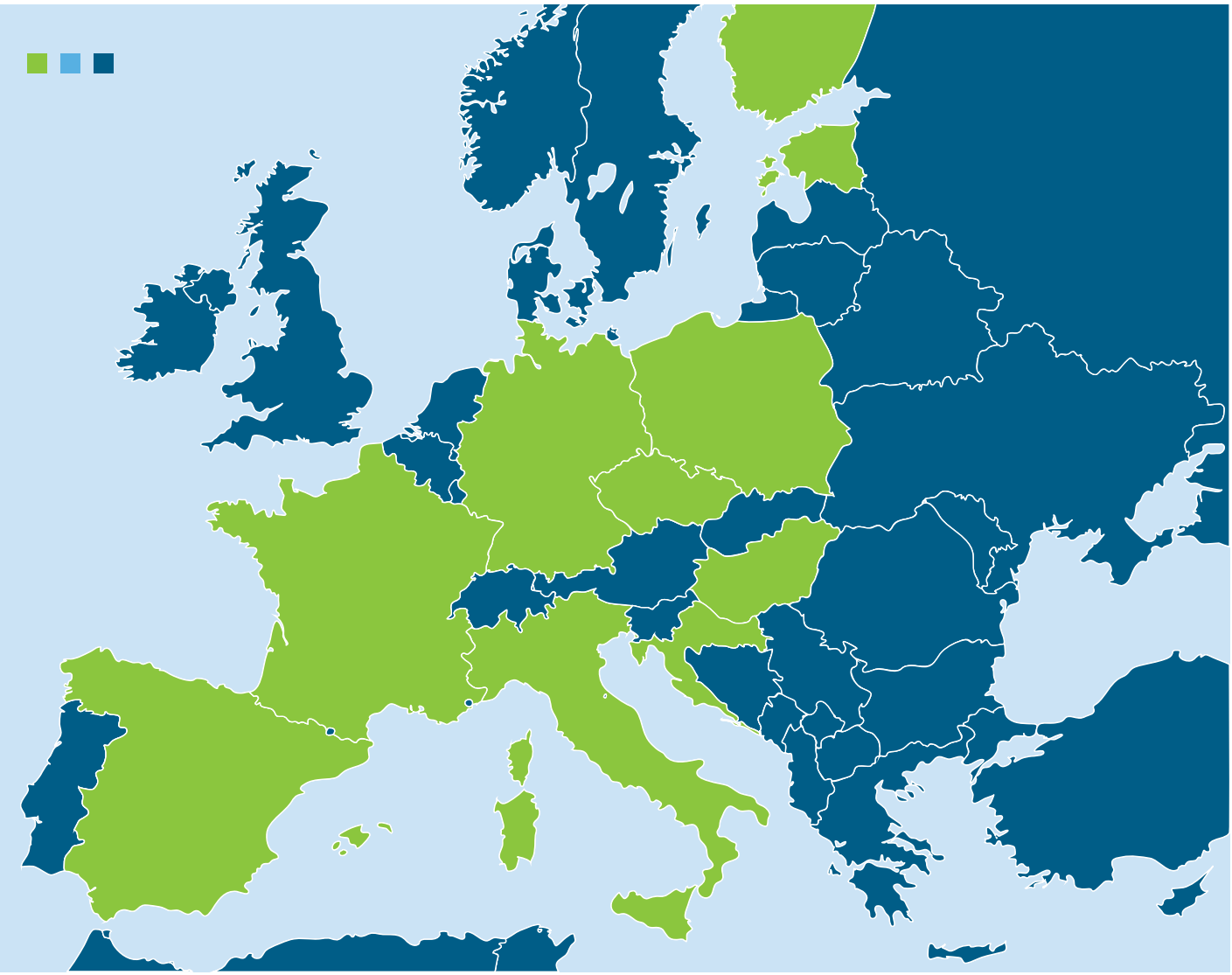
Konzepten und Definitionen im Bereich von Sorgerecht, Betreuung und Aufenthalt des Kindes geben würde. Dies führe zu Problemen hinsichtlich der Vergleichbarkeit, insbesondere im zwischenstaatlichen Vergleich. So würden sich diverse Fragen ergeben: Wo liegt der Unterschied zwischen „gemeinsam" und „geteilt"? Wie bemisst sich ein „alternierendes Wohnen" und was wäre die Mindestaufteilung (30:70 pro Monat/pro Jahr)? Was versteht die Gesellschaft unter „Obhut", „Sorge" und „Aufenthalt"? Und wie würden wir die verschiedenen Aspekte von Sorge definieren (die mehr oder weniger direkt sein können)? Was sind die Konsequenzen für Unterhalts- und Ausgleichszahlungen?

Frau Fernández-Rasines rief dazu auf, die verschiedenen Konzepte und Definitionen international zu vereinheitlichen bzw. mindestens vergleichbar zu machen. Sie warf außerdem die Frage auf, wie es möglich sei, dass eine so intensive Debatte in der Gesellschaft, in der Politik und im Recht über Co-Elternschaft und gemeinsame Verantwortung für Kinder nach der Trennung geführt werde, während eine ähnlich intensive Debatte zur geschlechtergerechten Verteilung von Sorgearbeit innerhalb von bestehenden Partnerschaft nicht ansatzweise in Sicht sei. Es sei auch zu untersuchen, ob langfristig die gesetzlichen Neuregelungen zu Sorge und Aufenthalt der Kinder nach Scheidung die Erwartungen an die Ehe beeinflussen würden und ob diese Veränderungen einen kulturellen Wandel hinsichtlich der Gleichstellung in der Ehe hervorrufen.

For example, in Catalonia, 42% of the cases are so described, as against only 13% in Murcia.

Paloma Fernández-Rasines concluded that the great variety of concepts and different definitions in the field of custody, care and residence of children leads to problems when it comes to comparing parenting arrangements within a state and, more importantly, when comparing different states. What is the difference between 'joint' and 'shared'?, she asked. Does 'physical share of custody' mean dealing on a daily base and what is a minimum share (a ratio of 30:70 in a month, in a year)? How are 'custody', 'care' and 'residence understood in society? How do we define the different aspects of care (which can be more or less direct)? What about the role of the extended family and the step-family? What are the consequences with regard to maintenance payments and alimony? Dr Fernández-Rasines called for efforts to unify or at least comprehensively describe the main concepts for the purposes of international comparisons.

She also posed the more general question as to how it was possible to have an intensive debate in society, politics and the law about co-parenting and sharing care practices after divorce when there was no such debate about how to legally promote equally shared caring responsibilities within marriage prior to divorce. Finally, she mentioned additional questions that for her remain unanswered: How are marriage expectations being affected by new divorce regulations? Are new regulations on child custody with a focus on the best interests of the child promoting any cultural change in terms of gender equality?



BEITRÄGE aus anderen Staaten

CONTRIBUTIONS from other states

Italien

Francesco Belleti (CISF – Centro Internazionale Studi Famiglia) berichtete, dass auch in Italien in den letzten Jahrzehnten einige Veränderungen hinsichtlich der Ehe eingetreten seien. So gebe es zum Beispiel ungefähr eine Million Alleinerziehende, sodass eines von neun Kindern in einem Alleinerziehendenhaushalt leben würde.
In den 1970er Jahren seien in Italien die grundlegenden Rechtsnormen zur Scheidung eingeführt worden. Eine wesentliche Änderung gab es 1987, in der

Italy

Francesco Belletti (CISF – Centro Internazionale Studi Famiglia) reported that there had been some changes in marriage law in the past decades. For example, there are now one million single-parent families in Italy, which means that 1 out of 9 children is living in a single-parent family.
The basic laws on divorce were introduced in the 1970s, but a major change came in 1987, when the obligatory time period between separation and divorce was shortened from five to three years. In

die notwendige Zeit zwischen Trennung und Scheidung von fünf auf drei Jahren reduziert wurde. Im Jahr 2015 sei eine weitere Reduzierung auf ein Jahr im Falle einer strittigen Trennung bzw. sechs Monate im Fall einer gütlichen Einigung erfolgt.
Die Frage nach dem gemeinsamem Sorgerecht sei insbesondere seit 2006 in der Diskussion. Zwar gebe es ein Gesetz, das die gemeinsame Sorge der Eltern favorisiere. Dennoch werde in der ganz überwiegenden Mehrheit der Fälle das Sorgerecht der Mutter zugesprochen. 2018 hätte dieses Thema einen weiteren Schub bekommen, als die Lega Nord einen Gesetzesentwurf einbrachte, der aktuell kontrovers diskutiert werde. Der Entwurf sei derzeit im parlamentarischen Prozess und sei bereits Thema von zahlreichen Anhörungen und Änderungsanträgen gewesen.
Belletti hob einige Herausforderungen hervor, die in Italien zu dem Thema aus seiner Sicht angegangen werden müssten, unabhängig von dem aktuellen Gesetzentwurf, der voraussichtlich nicht in der eingebrachten Form in Kraft treten würde. Wichtige Aspekte seien in diesem Zusamenhang:

1. Die sehr geringe Anzahl von gemeinsamen Sorgerechtsfällen.
2. Der geringe Kontakt zwischen Kindern und ihrem nicht-sorgeberechtigtem Elternteil (meist der Vater). Rechtliche Regelungen sollten den Richter*innen die Flexibilität lassen, auf die individuelle Situation des spezifischen Falles reagieren zu können.
3. Ziel sollte sein, dass mehr Fälle im Rahmen von Familienmediationen gelöst werden, anstatt in Gerichtsverfahren.
4. Derzeit gebe es in wichtigen Bereichen eine „asymmetrische Elternschaft", die das sorgeberechtigte Elternteil bevorzuge. Es gebe jedoch aufgrund der unzureichenden monetären Leistungen einen Einkommensverlust und ein erhöhtes Armutsrisiko bei beiden Elternteilen.
5. Der Stimme des Kindes werde derzeit in Scheidungsprozessen nicht genügend Bedeutung beigemessen.
6. Mit der derzeitigen Regelung sei die Gefahr der Entfremdung des nicht-sorgeberechtigten Elternteils zu groß.
7. Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt müsse forciert werden.

2015 it was shortened again to one year for non-consensual separations and to six months for consensual separations.
The question of shared custody has been high on the agenda, especially since 2006, when a law was passed favouring shared custody: however, in the vast majority of cases, child custody is still given to the mother alone. In 2018, the debate received new impetus when a bill was introduced by the Lega Nord which has been object of heated discussions since. The bill is currently going through parliament, but it has undergone many draft changes and has been the subject of various hearings. Belletti highlighted some problems that need to be tackled and measures that, from his perspective, should be instituted, despite the fact that the proposed bill will probably not come into force as originally presented. These include:

1. The currently small percentage of joint custody.
2. The small amount of contact between the children and the non-custodial parent (mostly the father) should be addressed without removing judges' flexibility to react to the individual situation of the family.
3. It should be a goal to reduce the number of cases that are resolved by the court and instead make more use of family mediation.
4. In the current situation, 'asymmetric parenting' in important respects favours the custodial parent, but there is a loss of income involved and the risk that both parents may fall into poverty because of poor/unreliable cash maintenance from one parent to another.
5. The children's voice is not heard well enough.
6. In the current legislation, the risk of parental alienation is too great.
7. Combating domestic violence.

Ungarn

Anna Nagy (Stiftung für Alleinerziehende Familien) ging zunächst auf die allgemeine Situation von Alleinerziehenden in Ungarn ein. Sie schilderte, dass es ungefähr 300.000 alleinerziehende Familien gebe, in denen über 500.000 Kinder lebten. Die Beschäftigungsquote Alleinerziehender sei relativ hoch, es gebe jedoch zahlreiche Nachteile für sie auf dem Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite gäbe es einige sozialstaatliche Regelungen, die Alleinerziehenden zu Gute kämen. Darunter seien etwas höhere monetäre Transferleistungen, Unterstützungsleistungen für Waisen, zusätzliche bezahlte Krankentage und ein etwas ausgeweiteter Arbeitsschutz. Seit kurzem hätten Alleinerziehende auch einen privilegierten Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Insgesamt sei das Armutsrisiko von Alleinerziehenden von 62,3% auf 52,8% gesunken.
2014 sei eine neue gesetzliche Regelung in Kraft getreten, die es Familienbehörden nun ermögliche, bei Trennungsfällen sehr viel flexibler zu entscheiden. Eltern würden nun zunächst als gleichberechtigte Erziehungspartner angesehen, wobei entsprechend davon ausgegangen werde, dass sie ihre Rechten und Pflichten in gleichem Maße ausübten. Die Politik hätte zusätzliche Anreize für die Kooperation der getrennten Partner geschaffen. Diese würden noch dadurch gestärkt, dass das Gericht bei Scheidungen nicht mehr direkt darüber entscheide, wo das Kind nach der Trennung leben solle und wie Konflikte gelöst werden sollten. Ziel sei es, dass Eltern sich ohne gerichtliche Hilfe einigten. Auch hinsichtlich der Unterhaltszahlungen und des Aufenthalts des Kindes sollten die Eltern selbständig Vereinbarungen abschließen. Die Rolle des Gerichts soll sich seit 2014 darauf beschränken, einzuspringen, wenn die Eltern zu einer Einigung nicht in der Lage oder wenn die Interessen des Kindes gefährdet seien.

Estland

Hanna Vseviov, Leiterin der Abteilung für Kinder und Familien im Estnischen Sozialministerium führte überblicksartig in die aktuelle Situation in Estland ein. So seien von den 1,3 Millionen Einwohner*innen Estlands 250.000 Kinder. Von diesen würden etwa die Hälfte außerhalb von Ehen geboren. Etwa 20% der Kinder lebten in Alleinerziehenden-Familien. Sie erläuterte, dass das Sorgerecht grundsätzlich geteilt

Hungary

Before exploring the need for changes in the current legislation on shared parenting, Anna Nagy, representing the Single Parent Families' Foundation, elaborated on the general situation of single parents in Hungary. All in all, there are around 300,000 single-parent families in Hungary, including more than 500,000 children. She highlighted that the employment rate in these families is relatively high but pointed out existing disadvantages in the labour market. However, some regulations provide for help to single parents. These include a slightly higher family allowance, provisions for orphans, extra sick days and some extra protection at work. Recently, single parents have been granted priority access to child creches. Recently the risk of poverty has fallen from 62.3% to 52.8%.
Ms Nagy explained that in 2014 a new civil code was introduced, which has specific relevance for the separation of parents. Since then, the regulations have become much more flexible and more open for individual solutions. As a starting point, parents are now seen as being equal and they are supposed to share their rights and duties to the same extent. Hence, there is more incentive for cooperation, which necessarily has to be intense, because the court does not decide where the child will live and how the dispute will be settled: parents are presumed to agree and the court intervenes only if they are not able to do so. The parents are expected to agree on maintenance and residence arrangements but the parent with whom the child is to live does not have more rights than the other. The role of the court is reduced to jumping in if no agreement can be found or if the child's interest is at risk.

Estonia

Hanna Vseviov, head of the department of children and families in the ministry social affairs, gave an overview of the situation in Estonia. Out of a population of 1.3 million people, 250,000 are children, and half of these are born out of wedlock. Parents automatically have joint custody, which is not linked to marriage. When parents separate, they usually retain joint custody, even if in practice most of the children live with their mothers; 20% of the children live in single-parent families and 90% of those live with their mother. As in Finland, only a small number of cases relating to divorce and custody go to court in Estonia.

werde und unabhängig von der Ehe sei. Bei einer Trennung bliebe das geteilte Sorgerecht gewöhnlich bestehen, wobei de facto der Aufenthalt des Kindes ganz überwiegend bei der Mutter sei. Daher seien auch 90% der Alleinerziehenden Mütter. Ähnlich wie in Finnland würde die überwiegende Mehrheit von Trennungsfällen in Mediationsverfahren geklärt, so dass nur eine relativ kleine Anzahl von Fällen von einem Gericht entschieden werde.

Frau Vseviov stellte zudem Reformen vor, die in Estland 2017 eingeführt wurden und die insbesondere Alleinerziehenden helfen sollen, die keine Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils erhalten. Der Staat stelle in diesen Fällen finanzielle Unterstützungsleistungen während der Gerichtsverfahren bereit, wenn das Kind nicht älter als 21 Jahre ist. In Kürze sollen weitere Leistungen eingeführt werden, die Alleinerziehende unterstützen, wenn unterhaltspflichtige Elternteile insolvent sind.

Unterhaltsschulden seien in Estland ein Problem wie im restlichen Europa auch. Es bestehe die Möglichkeit, im Falle nicht geleisteter Unterhaltszahlungen den Führerschein oder den Pass zu entziehen. Da diese Sanktionsmöglichkeiten erst seit Kurzem in Kraft sind, sei es noch schwierig zu beurteilen, welche Langzeiteffekte davon ausgingen. Es bestehe das Risiko, dass die Sanktionen die Schuldner dazu motivieren, ihre Unterhaltszahlungen nur kurzfristig wieder aufzunehmen, um die Sanktionen außer Kraft zu setzen, und die Zahlungen im Anschluss schnell wieder einzustellen. Deshalb müsse an der Haltung und dem Verantwortungsbewusstsein von Eltern bereits von Beginn der Elternschaft gearbeitet werden. Zurzeit werde in Estland die Berechnungsweise von Unterhaltsverpflichtungen mit dem Ziel novelliert, das System fairer und flexibler zu gestalten und die Bedarfe unterschiedlicher Familienkonstellationen und –modelle besser zu berücksichtigen.

Darüber hinaus sei ein System der kostenlosen Mediation in der Entwicklung. Die Idee sei, ein dreistufiges System zu entwickeln, dass die vorgerichtliche Mediation, die Mediation während des Verfahrens und die Mediation während der Umsetzung der Gerichtsentscheidung umfasse. Das Hauptziel sei es, lange und erschöpfende Gerichtsverhandlung zu vermeiden und kinderfreundliche Lösungen zu entwickeln.

> *„Auch dort wo rechtlich eine geteilte Sorge existiert, leben Kinder nach Scheidungen de facto überwiegend bei der Mutter.*
>
> *Even where joint custody exists in national law, in practice most of the children live with their mothers.“*

In 2017, a new public maintenance support system was introduced to help single parents who are not receiving maintenance from the other parent. In these cases the state provides financial help during the court proceedings and enforcement proceedings if the child is under 21 years of age. Another measure to support families when the deptor is bankrupt is to be introduced soon.

According to Ms. Vseviov, maintenance depth is a problem in Estonia, as in the rest of Europe. There are sanctions for parents who do not pay maintenance, including the removal of their driving licence or passport. As the more harsh sanctions have been in force only for a short time, it is difficult to tell what their long-term effect could be. There is a risk that sanctions motivate deptors to pay only for a short time in order to get rid of the sanctions but stop again after some time. That is why there is a need to work with the attitudes and sense of responsibility of parents from the very start. Also, Estonia is currently changing the maintenance calculation methodology in order to make the system more fair and flexible, trying to take into account the different family compositions and needs.

Moreover, a free family mediation system is being developed. The idea is to design a three level system including an extra-judicial proceedings, a pre court mediation procedure and mediation during enforcement proceedings. The main aim is to avoid long and exhausting court proceedings and to find a child-friendly solution.

Tschechische Republik

Halka Jaklová (APERIO) erläuterte, dass in der Tschechischen Republik Care-Aufgaben und Erwerbstätigkeit eher traditionell verteilt seien: Care-Arbeit obliegt üblicherweise den Frauen, während Männer als die für das Haushaltseinkommen Verantwortlichen gesehen würden. So würden zum Beispiel lediglich 1–2% der Väter eine längere Elternzeit in Anspruch nehmen.
Im Ergebnis sei die Situation von Müttern und Vätern, insbesondere nach einer Trennung ähnlich wie in den im Fachgespräch bereits vorgestellten Staaten. Es seien die Mütter, die in ihrer Berufstätigkeit Abstriche zugunsten der Familie machten, was langfristig zu finanziellen Problemen für sie führe. Sie täten dies, obwohl Frauen und Mütter grundsätzlich eine hohe Bildung hätten (61% der Studierenden sind Frauen). Insgesamt würden ungefähr 50% der Kinder in der Tschechischen Republik außerhalb von Ehen geboren. Zudem würden etwa 50% der Ehen in einer Scheidung enden.
In Tschechien gebe es zwei Arten, eine Scheidung zu vollziehen: 1. In einer Prozedur, in der die Eltern eine gemeinsame Vereinbarung treffen, die im Anschluss von einem Gericht genehmigt wird. 2. In einem Gerichtsverfahren, falls die Eltern nicht zu einer Einigung kommen. Ist das Gericht zuständig, wird in ca. 80% der Fälle das Sorgerecht („main responsibility") nur einer Person zugesprochen, üblicherweise der Mutter. So seien entsprechend 90% der Alleinerziehenden Frauen. Bedauerlicherweise gebe es eine hohe Anzahl von Eltern (hier in der Regel Väter), die keinen Unterhalt zahlten. Dies führe in der Konsequenz zu einer hohen Armutsquote (30%) unter den Alleinerziehenden-Haushalten. Erschwerend käme hinzu, dass die durchschnittliche Unterhaltshöhe ohnehin nicht die Kosten des Lebensunterhalts decken würde. Dies werde auch von staatlichen Sozialleistungen nicht aufgefangen.

Kroatien

Sylvia Stanic von der Organisation "Step by step" erläuterte, dass das gemeinsame Sorgerecht in Kroatien der Standard sei. Dies beinhalte jedoch vor allem, gemeinsame Entscheidungen für das Kind zu treffen. Zum alternierenden Wohnen des Kindes bei den getrennten Eltern gebe es keine expliziten Regelungen. De facto würden in 83% der Fälle die Kinder nach der Scheidung bei der Mutter leben. Sie betont,

Czech Republic

Halka Jaklová (APERIO) explained that in Czech Republic shared responsibilities within the family are quite traditional: the women are usually the carers, whereas the men are seen as the providers. Indeed, only 1–2% of fathers take up long-term parental leave. In the result the situation of mothers and fathers, especially after separation, is similar to that described in other countries. Usually it is the mothers who back up from their jobs in order to take care of the family, even though they are educated to a high level (61% of university students are female), leading to financial problems for women in the long run. In general, around 50% of children in Czech Republic are born to unmarried couples. On the other hand, around 50% of marriages end in divorce. Generally speaking, there are two ways of ending a marriage: 1. concluding an agreement between the parents that subsequently receives court approval (shorter procedure), or 2. submitting to a decision of the court, if the parents fail to agree. In around 80% of all cases, the main responsibility for care is given by the court to one parent, usually the mother; 90% of single parents are women. Ms Jaklová noted that unfortunately a large number of parents (mostly men) do not pay maintenance. Since the average maintenance payment does not cover living costs even if it is paid, there is a high degree of poverty in single-parent families – one third of single-parent families are near or below the poverty line. Social benefits cannot make up this shortfall in the family income.

Croatia

Sylvia Stanic from "Step by Step" explained that joint custody is mandatory after separation in Croatia. However, this mainly consists in a shared right to make decisions. There is no explicit legal form of shared residence. In fact, 83% of children live with their mother after divorce. Divorce is a high economic burden in Croatia. Single parents with two children are the group most at risk of poverty.
Croatia has also made concerted efforts to establish a family mediation system. This has meant that only a small number of cases of conflict are solved in court: it is then mandatory for a court to take a formal decision about the individual divorce.
Part-time work, she noted, is rather rare in Croatia, mainly because, in the current critical economic situ-

dass eine Scheidung auch in Kroatien mit starken finanziellen Einbußen einherginge. So seien Alleinerziehende mit zwei Kindern die Gruppe mit der höchsten Armutsquote in Kroatien.
Kroatien hätte in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, ein Mediationssystem für Familien zu etablieren. Dies hätte letztendlich dazu geführt, dass nur eine relativ kleine Anzahl von Konfliktfällen wirklich von einem Gericht entschieden werden würde, wobei es jedoch nach wie vor obligatorisch sei, dass ein Gericht eine formale individuelle Entscheidung über die jeweilige Scheidung feststellt.
Hinsichtlich der häufig angesprochenen Teilzeit-Arbeit hob sie hervor, dass dies in Kroatien ein eher seltenes Phänomen sei. Der Grund dafür sei vor allem individueller ökonomischer Natur: In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage sei es auch mit Vollzeiterwerbstätigkeit kaum möglich, genügend Einkommen für ein angemessenes Familienleben zu generieren.
Studien zu Scheidungen in Kroatien zeigen, dass sich für Mütter und Väter unterschiedliche Probleme ergeben. Während Mütter hauptsächlich Probleme mit den Unterhaltskosten und –zahlungen angeben, würden Väter vor allem auf eine Geringschätzung ihrer finanziellen und praktischen Leistungen für das Kind verweisen. Daher sei Mediation als Maßnahme besonders wichtig, weil es die mangelnde Kommunikation zwischen den Ex-Partnern bearbeite.

France

Virginie Durin von der Familienorganisation "Famille de France" hob hervor, dass 2017 in Frankreich 59,9% der Kinder außerehelich geboren wurden. Daher sei es für sie wichtig, nicht nur über Scheidungen zu sprechen, sondern auch über Trennungen. So stellte sie fest, dass in Frankreich 10% der unter 18-jährigen Kinder und 25% der unter 1-jährigen nach einer Trennung ihre Väter nicht wieder sehen würden. Zudem würden 17% der Kinder nach einer Trennung nie im Haushalt des Vaters übernachten. Laut Virginie Durin gebe es für diese Situation verschiedene Ursachen, für sie sei jedoch wichtig, dass die Perspektive der Kinder eingenommen werden müsse, deren Recht auf Kontakt mit beiden Elternteilen in diesen Fällen verletzt würde.
Weiter erläuterte sie, dass die Gerichte in Frankreich eine hohe Autonomie hinsichtlich ihrer Entscheidungen zum gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes hätten. Alternierendes Wohnen der Kinder nach Scheidung sei in Frankreich zwar weit verbreitet. Dennoch hät-

> *Unterhaltsschulden stellen in ganz Europa ein Problem nach Scheidungen dar.*
>
> *Maintenance depth is a problem in all European countries.*

ation of the country, even full-time jobs do not always provide enough money to maintain a decent family life.
Studies of divorce in Croatia show that mothers and fathers face different problems. While mothers mainly report problems with maintenance and alimony payments, fathers feel a lack of positive recognition of their financial and practical contribution to maintaining the child. So mediation is considered crucial because of poor communication between the ex-spouses.

France

Virginie Durin from Famille de France highlighted that in France 59.9% of children were born outside marriage in 2017 (Insee). So, from her perspective, it is necessary to talk not only about divorce, but also about separation. She noted that in France, after a separation, 10% of the children below the age of 18 never see their fathers again, the figure rising to 25% if the child was under 1 year old at the time of the separation; 17% of the children would never sleep at their father's home. Ms. Durin thinks that there are different reasons for this situation, but argued that the right of children to have contact to both parents is breached in such circumstances. French family courts have a high degree of autonomy in making decisions on the residence of the children after divorce.
Alternating residence is widespread in France, but courts can also impose a nesting model or residence model with only one parent if it seems to be in the best interest of the child. In court proceedings, the

ten Gerichte auch die Möglichkeit auf ein Nestmodell oder ein Residenzmodell bei nur einem Elternteil zu entscheiden, wenn sie der Meinung seien, dies sei im Interesse des Kindes. In Frankreich würden die Entscheidungen zum Sorge- und Umgangsrecht sowie auch für den Unterhalt des Kindes in einem Prozess zusammengeführt.
Schließlich betonte Frau Durin, dass es in Frankreich als weiteres Partnerschaftsmodell den "Pacte civil de solidarité (Pacs)" gebe, der als Alternative zur Ehe durchaus verbreitet sei. Hinsichtlich der Betreuungsarrangements nach einer Trennung schiene es zwischen der Ehe und dem Pacs keine grundsätzlichen Unterschiede zu geben.

Polen

Dr. Izabella Cech (ABAKUS) erläuterte die Entwicklungen in Polen. Sie berichtete von einer Novelle des Kinderbetreuungsrechts, mit der es 2015 Verschiebungen hinsichtlich des Sorgerechts gab. In der Folge würden die Gerichte zunehmend neue Wege gehen und beiden Elternteilen das Sorgerecht zusprechen. Während 2004 noch in fast zwei Dritteln der Fälle das Sorgerecht der Mutter zugesprochen wurde (und nur in etwa einem Drittel ein gemeinsames Sorgerecht), sei ein gemeinsames Sorgerecht im Jahr 2018 bereits in 58% der Fälle ausgesprochen worden. Zudem weist sie auf das Problem der grenzüberschreitenden getrennten Familien hin, das ebenfalls durch das neue Kinderbetreuungsgesetz in Angriff genommen wird, indem die gemeinsamen Betreuungsrechte nun beiden Elternteilen gleichermaßen zu Gute kommen sollen.

decisions on responsibility/ custody, residence and maintenance for children after divorce are bundled in one trial.
In France, the 'Pacte civil de solidarité (PACS)' is an additional model for partnerships that is popular as an alternative to marriage. However, in terms of the growing problems in childcare arrangements after separation, there seems to be no difference between marriage and PACS.

Poland

Dr. Izabella Cech (ABAKUS) explained the developments in Poland. She mentioned a recent amendment to the childcare law in 2015, which resulted in some shifts in regards tot he custody law. As a result, courts would increasingly walk new paths and award joint custody to both parents. While in 2004 in almost two third of cases custody was awarded to the mother alone, the amount of cases that resulted in a joint custody increased from one third in 2004 to 58% in 2018.
She also reported the problem of cross-border family separations. This also is tackled by the new amendment of the child care law, by aiming on awarding the same custody rights to both parents equally.

DISKUSSION UND FAZIT

BOTTOM LINE

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede resümiert sowie Schlussfolgerungen zusammenfassend diskutiert. So wurde festgestellt, dass verschiedene lang- und kurzfristige gesellschaftliche Entwicklungen die Situationen der Arrangements der Kinderbetreuung nach Scheidung/Trennung beeinflussen. Elternschaft und Ehe haben sich europaweit in den vergangen Jahren teilweise voneinander entkoppelt. Zum einen wird eine hohe und zum Teil noch immer steigende Zahl von Kindern außerhalb von Ehen geboren und zum anderen liegt der Anteil der Scheidungen in den vorgestellten Ländern mittlerweile auf einem Niveau von überwiegend über 50%. Einige Länder haben zudem rechtliche Regelungen geschaffen, mit denen eheähnliche Gemeinschaften für homo- wie für heterosexuelle Paare formalisiert werden können, ohne eine Ehe einzugehen.
Betont wurde, dass in den letzten Jahren die Anteile der Eltern, die auch nach einer Scheidung/Trennung in unterschiedlichen Ausprägungen eine gemeinsame bzw. geteilte Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, in vielen Ländern anstiegen. Dies ist u.a. Ausdruck eines gesellschaftlichen Wertewandels. Von einer alleinigen Zuschreibung der Kinderbetreuungsaufgaben und Verantwortung an die Mütter nach einer Scheidung hat sich die öffentliche Meinung in Richtung einer stärkeren Einbeziehung von Vätern bei der Betreuung entwickelt. Zudem haben in vielen Ländern neue gesetzliche Regelungen im Sorge- und Aufenthaltsrecht die gleichgewichtige Aufteilung von Erziehungs- und Bertreuungsverantwortung nach Scheidung sowie des täglichen Aufenthalts des Kindes zwischen Vätern und Müttern gestärkt. In mehreren Ländern wurden rechtliche Reformprojekte auf den Weg gebracht, um die gewandelten Werte und gesellschaftlichen Praktiken in Bezug auf die Arrangements der Kinderbetreuung nach Scheidung/Trennung realitätsnäher abzubil-

The participants concluded that various long-term and short-term social developments influence the situation of childcare arrangements after divorce/separation. They noticed that in recent years, parenthood and marriage across Europe have increasingly become disassociated. On the one hand, a high or in some cases a growing number of children are born outside of wedlock. On the other hand, the proportion of divorces and separations in the presented countries is consistently over 50%. Some countries have also introduced legal provisions to formalize marriage-like unions for both same sex and heterosexual couples without marrying.
It was stressed that in recent years, the proportion of parents who assume joint or shared responsibility for their children after divorce/separation in various forms has risen in many countries. This is, among other things, an indication of a change in societal values, which is moving away from the sole attribution of childcare tasks and responsibility to mothers

Wie und wo Kinder nach Scheidung betreut werden sollen, führt international zu intensiven gesellschaftlichen Diskussionen.

The question whrere and how children should be taken care of has led to intense public debate in european countries.

den. Die Verantwortungsteilung von Müttern und Vätern wird in vielen Ländern als positiv angesehen, muss aber mit dem Kindeswohl abgewogen werden. Rechtliche Rahmenbedingungen sollen dabei den individuellen Bedarfen der Kinder und Eltern angepasste flexible Lösungen ermöglichen.
Als Punkte, die grundsätzlich im Fall einer Scheidung/Trennung für die Ausgestaltung der Verantwortung für gemeinsame Kinder Regelungsbedarf besteht, wurden genannt:

- Sorge und Verantwortung: Entscheidungen die grundsätzlich das Aufwachsen der Kinder betreffen und Entscheidungen die situativ im Leben der Kinder getroffen werden müssen
- Die Frage des Aufenthalts/des Wohnens der Kinder bei den Eltern
- Der Unterhalt des Kindes
- Der Unterhalt des Ehepartners/Mutter

Dazu kristallisierten sich in den Inputs und Diskussionen national unterschiedliche unterhalts- und sozialrechtliche Rahmendbedingen heraus. Von allen wurde jedoch betont, dass es auch die Arbeitsmarktintegration der Mütter sei, die die sozialen Folgen von Scheidungen/Trennungen beeinflussen. Die Teilhabe von Müttern am Arbeitsmarkt variiert in den vorgestellten Staaten. Zum einen stehen sich Länder mit hohen Mütter-Erwerbstätigenquoten und solche mit niedrigen Quoten gegenüber. Zum anderen unterscheiden sich die Länder in der Höhe der Arbeitszeiten von Müttern. Hier unterscheiden sich Länder mit durchschnittlich sehr hohen (vollzeitnahen) Arbeitszeiten von denen mit durchschnittlich sehr niedrigen Arbeitszeiten von Müttern.
Alle Teilnehmenden betonten, dass mit der Teilzeitarbeit insbesondere für die Mütter finanzielle Risiken im Scheidungsfall verbunden sind: Damit gehe im Scheidungsfall langfristig auch ein höheres Risiko auf Altersarmut einher. Dennoch wurde ebenfalls festgestellt, dass Scheidungen nicht nur in den Staaten mit niedrigen Müttererwerbsquoten und hohen Teilzeitquoten ein Armutsrisiko für Frauen und Kindern darstellen, sondern sich die finanziellen Belastungen einer Trennung/Scheidung mit Kindern in allen Staaten zeigen und dabei nicht nur für Mütter und Kinder, sondern auch für die Väter. Allerdings gibt es hier Unterschiede je nach Wohlfahrts-

after divorce towards greater involvement of fathers in care. Also, in many countries, legal reform processes to regulate responsibility for children after divorce have strengthened the equitable division of educational and care responsibilities as well as the child's daily residence between fathers and mothers. In several countries, legal reform projects have been launched to more realistically reflect the changed values and societal practices of childcare arrangements after divorce/separation. The division of responsibility between mothers and fathers is seen as positive in many countries but has to be weighed against the best interests of the child. The legal framework should enable flexible solutions adapted to the individual needs of children and parents.
As key points that generally need an individual as well as legal regulation in regards of responsibility for joint children the participants named:

- Care and responsibility: These include the decisions that fundamentally affect the upbringing of the children and decisions that have to be made situational in the life of the children.
- The question of residence/living of children with parents
- Financial support of the child
- Maintenance support of the spouse/mother

The inputs and discussions identified different national social and maintenance law conditions. However, it was highlighted, that it is also the participation of mothers in the workforce that influence the social effects of divorce/separation. This varies widely across EU countries. On the one hand, there are countries with high maternal employment rates and countries with low rates. On the other hand, the countries differ in the number of working hours of mothers. Countries with average very high (full-time) working hours differ from those with on average very low working hours of mothers.
All participants stressed that especially for mothers in the event of a divorce part-time work is associated with financial risks. This also entails a higher risk of old-age poverty in the long term. However, divorce poses a risk of poverty for women and children not only in countries with low maternal employment rates and high part-time rates. The financial burdens of separation/divorce with children are evident in

staatsmodell, den vorhandenen sozialstaatlichen Unterstützungsmaßnahmen sowie den nationalen unterhalts- und sozialrechtlichen Regelungen.
Eine Erschwernis der Diskussion um die Betreuungsarrangements nach Trennung / Scheidung liegt darin, dass die verwendeten Begriffe kaum vereinheitlicht sind. Schon innerhalb der nationalen Diskussionen werden die Begriffe uneinheitlich verwendet, im internationalen Austausch sind die Begriffsvielfalt und deren uneinheitlicher Gebrauch noch größer. Vorgeschlagen wurde, auf europäischer Ebene ein Projekt zu initiieren und finanzieren, das eine genaue Beschreibung der verwendeten Begriffe und der dahinterstehenden sozialen und rechtlichen Realitäten vornimmt und Vorschläge zur Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten erarbeitet.
Es wurde insgesamt festgestellt, dass das Thema des Europäischen Fachgesprächs in allen beteiligten Staaten in den letzten Jahren eine hohe Relevanz hatte und jeweils zu intensiven gesellschaftlichen Diskussionen führt.
Häufig wurde erwähnt, dass die nationalen Gesetzgebungsinitiativen und der politische Diskurs im Wesentlichen auf einen Ausgleich der Interessen von Vätern und Müttern und die sich darum lagernden Fragen des Wohnens und des Unterhalts fokussiert sind. Die Expert*innen waren sich jedoch einig, dass die Interessen der Kinder wesentlich stärker als bisher ins Zentrum der Diskussion gestellt werden müssten.
So betonten zahlreiche Teilnehmende, dass vorgerichtliche Mediationsverfahren für eine gütliche Eini-

all European countries and not only for women and children, but also for fathers. However, there are differences here depending on the welfare model and the existing welfare state assistance as well as the national support regulations.
One difficulty in the discussion about the care arrangements after separation/divorce is that the terms used are hardly standardized. Even in national discussions the terms are used inconsistently. Internationally the variety of terms and their inconsistent use are even greater. Here, it was proposed that a project should be initiated and financed at the European level that provides a precise description of the terms used and the social and legal realities behind them and develops proposals for standardizing the terms.
It was noted that in recent years the topic of the European Expert Meeting has been highly relevant in all participating countries and has led to intense public debate in each case. It was mentioned very frequently that it seems that the federal legislative initiatives and the political discourse are essentially focused on balancing the interests of fathers and mothers and the associated issues of housing and support. The experts agreed that the interests of the children should be placed at the center of the discussion to a much greater extent than before.
Many participants highlighted that pre-trial mediation procedures for an amicable settlement in divorce/separation proceedings were of great importance in their respective countries and have in some cases been greatly expanded in recent years. Partic-

gung in Scheidungs-/Trennungsprozessen in ihren jeweiligen Staaten einen hohen Stellenwert haben und wurden zum Teil in den letzten Jahren stark ausgebaut wurden. Die Vertreter*innen aus Deutschland bedauerten die eher schwach ausgeprägten vorgerichtlichen Mediationsstrukturen. Einige Staaten stellen nicht nur Mediationsstrukturen für eine vorgerichtliche Konfliktbearbeitung in Scheidungsfällen bereit, sondern auch zur Begleitung einer geteilten Elternverantwortung bei alternierenden Wohnorten der Kinder.

Einigkeit bestand darin, dass die Beteiligung von Kindern in Gerichtsverfahren und in Mediationsprozessen von großer Bedeutung ist und entsprechend ausgebaut und verbessert werden sollte. Dies wurde insbesondere für Deutschland betont. Einige Länder haben Altersuntergrenzen für die Anhörung von Kindern in Scheidungsverfahren. Diese liegt in Finnland beispielsweise bei 12 Jahren, in Frankreich wird in der Praxis 7 bis 8 Jahre als Untergrenze zugrunde gelegt. Dies erschien einigen Expert*innen als zu restriktiv. Sie wiesen darauf hin, dass auch jüngere Kinder in der Lage seien, ihre Interessen zu äußern. Mehrere Expert*innen sprachen sich für ein generelles Anhörungsrecht von Kindern ohne explizite Altersbegrenzung

ipants from Germany regretted its rather weak pre-trial mediation structures. Some countries not only provide mediation structures for pre-litigation conflict resolution in divorce cases, but also for accompanying shared parental responsibility with children living in alternate places.

It was understood that the participation of children in court proceedings and mediation processes are of high importance and therefore should be developed and improved. This was stressed especially in regards to Germany. Some countries have defined a minimum age for hearing children in divorce proceedings. In Finland, for example, this is 12; in France, seven to eight years is the lower limit in practice. This seemed too restrictive to some experts. Younger children were also able to express their interests. Some experts argued in favor of a general hearing

> *Mediationsverfahren haben in vielen europäischen Ländern eine große Bedeutung.*
>
> *Mediation processes are of high importance in many European countries.*

aus. Ziel müsse es sein, im Verfahren auch bei jüngeren Kindern zumindest den Versuch zu unternehmen, ihre Willen zu berücksichtigen. Wenn Kinder nicht kooperieren wollen oder nicht können, sei dies aber zu akzeptieren.

Trennungen und Scheidungsverfahren sind meistens mit großen Loyalitätskonflikten für die Kinder verbunden, die i.d.R. keines der Elternteile verlieren oder enttäuschen wollen. Übereinstimmend wurde von den an der Anhörung von Kindern beteiligten Professionen eine hohe Kompetenz gefordert, um den zum Teil hohen Belastungen der Kinder in diesen Phasen Rechnung tragen zu können. Dazu sollte dieses Thema in Aus-, Fort- und Weiterbildung der beteiligten Familienrichter*innen, Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen gestärkt werden.

right for children without an explicit age limit. The aim should be to at least attempt to take their wishes into account in the proceedings, even with younger children. However, it was noted that if children did not want to cooperate or are unable to do so, this would have to be accepted.

Separations and divorce proceedings are usually associated with major conflicts of loyalty for the children, who usually do not want to lose or disappoint either parent. Overall, it was agreed that a high level of expertise is required of the professionals who hear the children in order to be able to take account the sometimes-high burdens on children in these phases. To this end, this topic should be strengthened in the training and advanced training of family court judges, social workers, and psychologists involved in such proceedings.

Kontakt und Informationen:
Contact and Information:

Arbeitsgemeinschaft der deutschen
Familienorganisationen (AGF) e. V.
Association of German Family
Organisations (AGF) e.V.

Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14
10785 Berlin
Germany

Fon: + 49 (0) 30 2902825-70
Fax: + 49 (0) 30 2902825-89
E-Mail: info@ag-familie.de

Web: www.ag-familie.de

Deutscher Familienverband (DFV) · evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) · Familienbund der Katholiken (FDK)
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) · Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf)
German Family Association (DFV) · Protestant Working Group Family (eaf) · Catholic Family Association (FDK)
Association for Single Parents (VAMV) · Association of Binational Families and Partnerships (iaf)

Die AGF wird gefördert vom
The AGF is supported by

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

care arrangements
employment rates
Estonia
Finland
divorce
mediation
grandfathers
social parents
separation
maintenance depth
Germany
children's rights
risk of poverty
residence
shared parental responsibility
joint physical custody
European Expert Meeting